



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0896890

P/XIII/251 - 4. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Am Scheideweg ? Vor der Beantwortung der letzten Sowjet-Note	90
3 - 4	Der neue Papst in römischer Sicht Vorgesehene Veränderungen in der Kirchenverwaltung	75
5	Unverschämte Hetze gegen Hessische Landesregierung Von Hansi Bading, MdL.	31
6	Die Ausbildung der Lehrlinge Jugendschutzgesetz fehlt ihr er noch	45
7	Der Fall Eisdle abgeschlossen ? Er bleibt eine Schande	42

Am Scheideweg?

sp - Donnerstag dieser Woche soll der Außenpolitische Ausschuss des Bundestages mit den Vorstellungen der Bundesregierung bekannt gemacht werden, die sie für die Beantwortung der Sowjetnote vom 18. September 1958 zur Deutschlandfrage hat. Nach den bisherigen Verlautbarungen aus parlamentarischen Kreisen und Andeutungen aus der Umgebung des Bundesaußenministers scheint bei der Regierung und der CDU/CSU die Absicht zu bestehen, diese im Sinne von Empfehlungen des amerikanischen Außenministers Dulles zu formulieren. Es ist kein Geheimnis geblieben, daß Dulles durch seinen Bonner Botschafter Bruce den Wunsch geäußert hat, die Bundesregierung möge der Sowjetunion sagen, das Problem der Wiedervereinigung müsse bei Verhandlungen eines Vier-Mächte-Gremiums entscheidender Tagesordnungspunkt sein, ohne daß vorher die Frage eines Friedensvertrages für Deutschland angesprochen werde.

Das wäre das Gegenteil des Wunsches des Außenpolitischen Ausschusses im Bundestag, des Ergebnisses der Gespräche zwischen Regierungsparteien und Opposition beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, und eines einstimmig in Berlin gefaßten Bundestagsbeschlusses. Hier hatte man, um mit Moskau im Gespräch zu bleiben, ausdrücklich den Wunsch geäußert, keine Reihenfolge - Theorie der Tagesordnungspunkte für Vier-Mächte-Verhandlungen - aufzustellen.

Was hatte die Regierung der Sowjetunion in ihrer am 19. September 1958 veröffentlichten Note unter anderem gesagt? Es hieß da:

"Die Erfahrungen bei der Ausarbeitung und dem Abschluß des österreichischen Staatsvertrages erweisen aufs Bündigste, wieviel ein Staat erreichen kann, wenn er einen eigenen Beitrag zur Lösung einer für ihn lebenswichtigen Frage beisteuert".

Dieser beziehungsreiche Hinweis auf den österreichischen Staatsvertrag läßt vermuten, daß Moskau einen eigenen Beitrag der Bundesrepublik zur Fortsetzung des Gesprächs über die Lösung des Deutschlandproblems erwartet und auch bereit zu sein scheint, ausgetretene Pfade zu verlassen.

Für diese Vermutung spricht auch der nochmalige Hinweis auf die inzwischen berühmt gewordene Note Moskaus vom 13. März 1952, in der Verhandlungen über einen Entwurf von Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland angeregt worden waren.

Damals glaubte die Bundesregierung, dieses Angebot ohne Schaden für die Chancen der deutschen Wiedervereinigung in den Wind schlagen zu können. Sie ging von der inzwischen als Irrtum erwiesenen Annahme aus, man könne Moskau durch die sogenannte Politik der Stärke zu größeren Konzessionen bewegen. Sechs Jahre sind seither vergangen, und von Jahr zu Jahr ist die Spaltung Deutschlands und Europas tiefer geworden.

Die letzte Sowjetnote, um deren Beantwortung es jetzt geht, bietet vielleicht nur geringe Chancen, diesen Zeitverlust von sechs Jahren wieder einzuholen. Aber wer von deutscher Seite will den schweren Vorwurf auf sich laden, auch diese geringe Chance nicht genutzt zu haben?

Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden ist das Ziel aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik. Die politische Praxis hat jedoch jenseits aller Deklamationen und Äußerungen des guten Willens gezeigt, daß der vierte Gesprächspartner - die Sowjetunion - vor Verhandlungen über die Wiedervereinigung selbst im Rahmen von Erörterungen über einen Friedensvertrag für Deutschland den internationalen Status eines wiedervereinten Deutschlands geklärt wissen will. In zahlreichen diplomatischen Gesprächen wurde von der Sowjetseite bestätigt, diese Erörterung über den Status könne in Verhandlungen über einen Friedensvertrag stattfinden. Deshalb ließen sich die auf eine Wiederbelebung der internationalen Diskussion über das Deutschlandproblem drängenden Kräfte in der deutschen Politik von der Überlegung leiten, es einmal mit dieser Methode und mit dieser Zielsetzung zu versuchen.

Es gibt unseres Wissens nicht wenige Politiker in den Reihen der CDU/CSU, die nach wie vor bemüht bleiben, den gangbaren Weg zu erfolgversprechenden Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands auch mit Moskau zu finden. Ihre Bemühungen, sich in der eigenen Partei, beim Bundeskanzler und beim Bundesaußenminister Geltung zu verschaffen, scheinen nach den letzten Informationen nicht sehr fruchtbar gewesen zu sein. Wieder hat sich hinter den Kulissen etwas abgespielt, das im Ergebnis ein erneutes Njet Moskaus zur Folge haben könnte. Wenn nämlich die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte bei möglichen Vierer-Verhandlungen über das Deutschlandproblem durch ein vorheriges Ausweichen vor dem Angebot der Russen, über einen Friedensvertrag zu sprechen, belastet wird, dann kann sich daraus nur eine Bestätigung der Status quo-Situation ergeben. Aus Moskau wäre in diesem Falle wieder als Echo der Hinweis auf Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow zu erwarten, was wiederum zu einer Stagnation aller Überlegungen und Gespräche über die Deutschlandfrage führen würde.

Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, sind tatkräftige Männer im Lager der Opposition und der Regierungsparteien noch bemüht, die verhängnisvollen Absichten Dr. Adenauers und von Brentanos zu revidieren. Ob ihnen ihre löbliche Absicht gelingt, ist noch nicht sicher. Bis zum Beweis des Gegenteils wollen wir nicht glauben, daß es Kräfte in der Bundesrepublik gibt, die durch falsches politisches Verhalten Chancen für die Belebung der internationalen Diskussion über die Lösung des Deutschlandproblems verspielen.

Der neue Papst in römischer Sicht

P.E., Rom - Anfang Oktober

Die Wahl des Patriarchen von Venedig, Kardinal Angelo Roncalli, zum Nachfolger Pius des Zwölften ist von der italienischen Öffentlichkeit außerordentlich freudig begrüßt worden. Daß die Wortführer der Democrazia Christiana in ihren Äußerungen übereinstimmend Enthusiasmus bekunden, versteckt sich von selbst. Die nationalistischen Rechtsparteien stellen in ihren Kommentaren vor allem die Tatsache in den Vordergrund, daß auch diesmal wieder, entgegen vielfachen Voraussagen, ein Italiener zu dem höchsten Amt der katholischen Kirche berufen worden ist, obwohl die überwiegende Mehrheit des Kardinalkollegiums diesmal aus Nichtitaliehem bestand. Aber auch aus dem Lager der Linken ertönen allgemein positive Stimmen, wenn man von den Kommunisten absieht, die natürlich auch in dem neuen Papst nichts weiter sehen wollen als den Exponenten des amerika-körigen Großkapitals.

Giuseppe Saragat, der Führer der italienischen Sozialdemokraten, nimmt in einem Artikel seines Parteiblattes "La Giustizia" zur Wahl Kardinal Roncallis Stellung. Saragat erwähnt, er selbst habe den neuen Papst kurz nach Kriegsende in Paris kennengelernt, wo Roncalli als päpstlicher Nuntius wirkte und habe bei dieser Gelegenheit die segensreiche Tätigkeit Roncallis für die italienischen Kriegsgefangenen in den französischen Lagern persönlich beobachten und sich von der Ernsthaftigkeit seiner humanitären Anstrengungen überzeugen können.

"Es wäre gewagt", schreibt Saragat weiter, "aus der Herzengüte des neuen Papstes und aus seiner großen politischen Erfahrung allein schon eine bestimmte Orientierung in Bezug auf die sozialen und menschlichen Probleme der Zeit ableiten zu wollen..... Wir glauben aber dennoch, nicht zu irren, wenn wir die begründete Hoffnung äußern, das Pontifikat Johannes des Dreiundzwanzigsten möge einen weiteren Fortschritt auf dem Weg zur Überwindung der dogmatischen Intransigenz bedeuten, die sich der Verbrüderung der Menschenrassen entgegenstellt und möge einen immer stärkeren Nachdruck auf die Übereinstimmung zwischen den Grundsätzen des Christentums und den modernen Doktrinen der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Demokratie legen. Wir schließen uns daher dem Jubel der katholischen Arbeiterschaft an in der Überzeugung, daß es mit dem neuen Pontifikat zu einer Verminderung der tragischen Spaltungen kommen wird, die

heute noch die Welt zerreißen, zu einer Verstärkung des allgemeinen Bewußtseins von dem gemeinsamen Ursprung des Menschengeschlechts, zu einem zunehmenden Glauben an seine gemeinsame Bestimmung".

Weitaus knapper und zurückhaltender drückt sich Pietro Nenni aus, indem er meint, erst die Tatsachen würden zeigen, bis zu welchem Grad das neue Pontifikat einen Ausdruck für die Notwendigkeit gegenseitigen Verständnisses zwischen den Völkern bilden könne, für diese Notwendigkeit, die heute stärker und dringender empfunden werde denn je.

Zum Unterschied von dieser vorsichtigen Skepsis seines Parteioberhauptes weist der sozialistische Abgeordnete Sansone mit Nachdruck darauf hin, daß zu Beginn des sozialistischen Parteitages in Venedig im Vorjahr der damalige Patriarch der Lagunenstadt, Kardinal Roncalli, dem Kongreß eine Grußbotschaft übermittelt habe, der, nach den Worten des Abgeordneten Sansone, große Bedeutung innewohnte und die daher von der Kongreßleitung besonders hoch eingeschätzt wurde. "Wir leiten hieraus die Hoffnung ab", fährt Sansone fort, "daß der neue Papst die nationalen und internationalen Probleme der Stunde im Geist großer Aufgeschlossenheit für die sozialen Erfordernisse verfolgen wird".

Immer wieder wird in römischen Kreisen darauf hingewiesen, daß der neue Papst aus einer einfachen norditalienischen Landarbeiterfamilie stammt, zum Unterschied von seinem Vorgänger, der aus einer römischen Adelsfamilie hervorgegangen ist. Hieraus wird vielfach die Erwartung abgeleitet, zu der auch die bekannte joviale Art des bisherigen Kardinals Roncalli zu berechtigen scheint, daß nämlich Johannes der Dreiundzwanzigste sich nicht, gleich Pius dem Zwölften, völlig von seiner näheren Umwelt abschließen werde. Immer lauter und deutlicher wird ja schon jetzt die Kritik an diesem hervorstechenden Zug des abgelaufenen Pontifikats, der wahrscheinlich viel zu der in letzter Zeit immer spürbarer gewordenen Desorganisation des vatikanischen Geschäftsbetriebes beigetragen haben dürfte. Allgemein herrscht ferner in Rom die Ansicht vor, die Wahl des neuen Papstes, die ja erst nach drei Tagen vergeblicher Abstimmungen zustandekam, stelle das Ergebnis eines Kompromisses zwischen sehr verschiedenartigen, in der Konklave geäußerten Auffassungen dar, wobei fraglos ein Übergewicht der "Linken", also des reformfreudigeren Teils der Kardinäle gegenüber der auf starres Festhalten an der Überlieferung ausgerichteten "Rechten" zutagegetreten sei. Da der neue Papst bereits ein recht alter Mann ist, sieht man in seiner Wahl letzten Endes eine Art Übergangslösung, ein Interim, das dazu dienen soll, das stark verwaiste Kardinalskollegium durch neue Kardinalsschübe wieder aufzufrischen und überhaupt alles das ins Lot zu bringen, was in der Verwaltung der katholischen Kirche in den letzten Jahren bedenklich aus den Fugen gegangen ist. + + +

Unverschämte Hetze gegen Hessische Landesregierung

Von Harri Bading, MdB.

Vor zu einer Pressekonferenz geladenen Landfrauen, die dort auf Kosten des Steuerzahlers reichlich bewirtet wurden, erdreistete sich ein gewisser, vormals im Bauernverband beschäftigter und jetzt im Bundesernährungsministerium beamteter Herr namens Muthmann zu behaupten, "dass die Hessische Landesregierung bewusst die Initiative der Bauern beschränke, die aussiedeln wollen".

Abgesehen davon, dass die Behauptung falsch ist, muss es als eine Unverschämtheit bezeichnet werden, dass ein Beamter des Bundesernährungsministeriums eine Landesregierung öffentlich angreift, zumal während eines Wahlkampfes. Es soll hier offener der CDU Schützenhilfe geleistet werden. Herr Muthmann hat als Bombenleger in Schleswig-Holstein vor 1933 an der Zerrüttung der Demokratie eifrig mitgewirkt; er betätigt sich jetzt auf dem gleichen Gebiet. Die Katze lässt das Mäusen nicht.

Zur Sache sei bemerkt: Es gibt zwei Aussiedlungsverfahren. Das eine wird im Rahmen der Flurbereinigung angewandt, das andere ist das sogenannte freie Verfahren. Ersteres wird in Hessen bevorzugt geübt, weil es - auch nach Ansicht des Bundesernährungsministeriums - die ideale Lösung darstellt. Mit ihm kann die Agrarstruktur einer oder mehrerer benachbarter Gemeinden geordnet werden, während das freie Verfahren lediglich einzelnen, relativ kapitalstarken Bauern nutzt.

In Hessen ist die Flurbereinigungsfläche von 17 000 ha auf 34 000 ha jährlich erhöht worden, und zwar bei gleichbleibendem Personalbestand. Es sind dort mehr als 10 000 Siedlerstellen geschaffen und mehr als 1 000 Höfe aus der Dorfplage ausgesiedelt worden.

Gemessen an der Größe des Landes ist das eine einmalige Leistung. Die Landeskulturverwaltung wie die Siedlungsgesellschaften waren in der Lage, alle Anträge von Bauern termingerecht zu erledigen, gleich, ob sie sich auf das eine oder andere Verfahren bezogen.

Die Behauptung Muthmanns ist daher eine Verleumdung.

Die Ausbildung der Lehrlinge

H.M. - Der Deutsche Industrie- und Handelstag sowie die regionalen Industrie- und Handelskammern haben in letzter Zeit mehrfach das schlechte Leistungs- und Bildungsniveau der in Betrieben ausgebildeten Lehrlinge beklagt. Es wurde gesagt, daß bei ihnen die Zahl der Prüfungsversager ebenso zunehme wie die Unlust, nach nichtbestandener Prüfung die berufsbildende Arbeit fortzusetzen. Sie würden meistens zu besser bezahlten Hilfsarbeiterstellen abwandern. Diese Darstellung deckt sich nicht unbedingt mit den Tatsachen. Die Zahl der in Industrie und Handel unter Lehrvertrag stehenden Jugendlichen war 1957 trotz der kriegsbedingten schwachen Jahrgänge mit rund 802 000 ebenso hoch wie im Vorjahr, die Zahl der sich zu den Prüfungen meldenden Lehrlinge sogar um 20 Prozent höher. Das Interesse der Jugend an einer geordneten Berufsausbildung kann demzufolge nicht bestritten werden.

Etwas anderes ist natürlich, wenn die Kenntnisse der Lehrlinge mehr oder weniger große Lücken aufweisen, und wenn die Neigung der Jugendlichen schwindet, sich mit den gegebenen Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen anzufinden. Sie sehen, welchen gewaltigen Aufschwung die einstellenden Unternehmen genommen haben, und sie erleben die übersteigerten Privataufwendungen ihrer Besitzer. Sie selbst aber blicken auf das lächerlich geringe Taschengeld, das ihnen als "Ausbildungshilfe" gezahlt wird. Dabei kann in zahlreichen Betrieben von einem Ausbildungsverhältnis überhaupt nicht mehr die Rede sein. Der Arbeitgeber sieht in dem seiner Obhut unterstellten Jugendlichen vielfach nichts anderes als billige Arbeitskräfte. Es gibt Statistiken, die aufzeigen, welche Mißstände auf diesem Gebiet vorherrschen. So klagen die Jugendlichen über schlechte oder ungerohte Behandlung durch den Lehrherrn und ältere Mitarbeiter. Die Mehrheit kritisiert, daß sie mit Arbeiten beschäftigt werden, die mit ihrem eigentlichen Berufsziel in keinem Zusammenhang mehr stehen. Der Lehrling, der den Wagen des Chefs zu waschen hat, der die Teppiche der Meisterin reinigen muß, der zum Bierholen und Botendiensten abkommandiert wird, ist nicht die Ausnahme, sondern leider fast die Regel.

Es gibt auch Statistiken, die eine durch Überforderung verursachte Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Jugendlichen beweisen. Die Initiative der Bundesregierung ist in Angelegenheiten der Sozialpolitik erheblich schwächer als auf anderen Gebieten ihrer Zuständigkeit. Seit Jahren stehen die Arbeiten am Entwurf eines Jugendschutzgesetzes im Katalog der unerledigten Dinge. Obgleich nach allem, was bisher bekannt wurde, die Vorschläge des Bundesarbeitsministeriums zu diesem Komplex gegenüber den auf Länderebene bereits vorhandenen Jugendschutzvorschriften eine zum Teil beträchtliche Verschlechterung bedeuten, stößt eine bundeseinheitliche Regelung der Jugendarbeit auf den erbitterten Widerstand der Arbeitgeber. Ihre Einreden mögen die Reform des Jugendarbeitsschutzgesetzes bislang vereitelt haben. Aber sie sollten, statt die Jugend zu kritisieren, ihre eigenen Sünden bedenken und letztlich dankbar sein, wenn ein neues Gesetz jeden Raubbau an der Gesundheit unserer Kinder und jede Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Unerfahrenheit unter Anklage stellt.

Der Fall Eisele abgeschlossen ?

sp - Für das Auswärtige Amt ist der Fall Eisele "praktisch abgeschlossen", da eine juristische Überprüfung der Sachlage ergeben habe, dass die Auslieferung nach ägyptischen Recht nicht mehr möglich sei. So ein Sprecher des Bonner Auswärtigen Amtes. Formal mag er im Recht sein, dennoch bleibt ein ungutes Gefühl übrig, das Gefühl, dass deutsche verantwortliche Stellen ein gerütteltes Mass von Mitschuld trifft, wenn ein überlieferter Massenmörder sich durch Flucht der Strafe entziehen konnte.

Der Name Dr. Eiseles tauchte für eine breite Öffentlichkeit zum ersten Male in dem berühmten Sommer-Prozess auf. Schon in den ersten Verhandlungstagen dieses vielwöchigen Prozesses wurde Eisele neben anderen als einer der Ärzte erwähnt, die an KZ-Häftlingen schreckliche Verbrechen begingen und sie dann durch Injektionen eigenhändig töteten. Es wird der bayerischen Justiz zur ewigen Schande gereichen, dass sie diese Beschuldigungen, die jeder Leser aus der Tagespresse entnehmen konnte, nicht sofort aufgriff und den damals noch in München praktizierenden Massenmörder Eisele nicht sofort verhaften liess. Schlimmer noch: Lange vor dem Sommer-Prozess waren bei der Münchener Staatsanwaltschaft Anzeigen gegen Dr. Eisele eingelaufen, aber der dafür verantwortliche Staatsanwalt, Dr. Max von Decker, liess sie unbeachtet liegen. Für diese - um nicht schärfer zu werden - grobe Nachlässigkeit erhielt dieser Vertreter der bundesrepublikanischen Justiz 300,- DM Geldstrafe - wofür geringe Busse zu der Grösse des angerichteten moralischen Schadens. Der geringste Dieb hat nicht mit solcher grosszügiger Milde zu rechnen, um ihm festigen sich bald die Maschen des Gesetzes, aber ein Dr. von Decker und die ihm verantwortlich Unterstellten liessen die Flucht eines Massenmörders geschehen. Muss nicht vieles faul in der bayerischen Justiz sein? Und sind nicht 300,- DM ein gar zu geringes Pflästerchen für die Verleugung von Schuld und Verstrickung?

Dr. Eisele befindet sich nun wohlbehalten in Ägypten, und vielleicht wird er eines Tages Gelegenheit erhalten, seine im KZ gewonnenen Erfahrungen an Strafgefangenen ägyptischer Konzentrationslager auszuprobieren. Mit der Asylgewährung für einen Schwerverbrecher hat das Ägypten Massensich keinen Ruhm erworben. Es muss sich den Vorwurf gefallen lassen, gesuchte Heimstätte für Unmenschen zu sein, deren im Dritten Reich begangene Schandtaten den deutschen Namen beschmutzten und für die wir noch lange zu büssen haben werden. Unser Bundesverkehrsminister Seehofer bereist in diesen Tagen Ägypten. Ist es zu viel verlangt, von ihm zu erwarten, dass er den Abscheu vieler Deutscher über Dr. Eisele und den Unmut über die unverständliche Behandlung des Falles Dr. Eisele durch die ägyptischen Behörden an der dafür zuständigen Stelle zur Kenntnis bringt?

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel